

# Traurige Bilanz der „Nationalen Front“

## Aussichtslose Wiederbelebensversuche — Der „2. Nationale Kongreß“

Berlin (Eigenbericht). Die Veranstaltungsplaner des SED-Zentralkomitees haben ihre eigene Parteiorganisation in eine unannehme Situation gebracht: Termingemäß soll am 15. und 16. Mai der „2. Nationale Kongreß der Nationalen Front“ stattfinden. Dadurch hat man ungewollt die Aufmerksamkeit der Bevölkerung und der Funktionäre wieder darauf gelenkt, daß die „Nationale Front“ in der Sowjetzone seit dem vergangenen Herbst in der gesamten Zone stillschweigend eingeschlafen ist, Niemand spricht mehr von ihr.

Die „Aufklärungslokale“ der einst als „Massenorganisation“ gedachten SED-Filiale sind entweder gänzlich leer, „vorübergehend geschlossen“ oder ganz aufgelöst. Seit dem vergangenen Dezember ist es nicht einmal mehr möglich, genügend Kursteilnehmer für die Kreis- und Bezirksschulen der „Nationalen Front“ zu finden. Der sogenannte „Nationalrat“ in Ostberlin verwaltet nur noch das Grundbesitzvermögen, veranstaltet Kulturtagungen und sammelt für Korea und einen „westdeutschen Friedensfonds“. Politisch wird praktisch nicht mehr gearbeitet.

Um von diesem Dilemma abzulenken, soll der kommende Kongreß auf die „Befreiung Westdeutschlands“ gerichtet sein. Man hofft, daß die Bevölkerung der Sowjetzone über die traurige Bilanz, die die „Nationale Front“ dort erst recht ziehen mußte, nicht so gut unterrichtet ist.

In Westdeutschland gibt es noch etwa 700 bezahlte Funktionäre dieser angeblichen Massenorganisation, von deren Wirkungsmöglichkeiten man sich einst sehr viel versprochen hatte. Von den 700 sind 650 Mitglieder der KPD. Sie werden von den KP-Kreisleitungen mit dem üblichen Propagandamaterial versorgt. Als einzigen Nachweis ihrer politischen Tätigkeit konnten sie im Jahre 1953 ganze drei Aktionen melden: 1. Vor-

führung eines Propagandafilms über die Stalinallee in Privatwohnungen von KPD-Funktionären vor KPD-Mitgliedern; 2. Verschickung eines SED-Manifestes per Post; 3. Sammlung für eine einmalige „Solidaritätsspende“ zur Aktivierung der eigenen Arbeit, die einen Reingewinn von ganzen 658 Westmark (bei 700 Mitgliedern!) einbrachte.

Seither besteht die Arbeit der Nationalen Front in Westdeutschland nur noch in der vierteljährlichen Durchsicht der Karteikarten, für deren Verwaltung ein einziger Sachbearbeiter in einem Kellerbüro genügt. Statt dessen unterhält der „Nationalrat“ eine eigene „Westabteilung“ mit 28 Instruktoren (!), die ständig in Westdeutschland herumreisen, um ihre 700 Gehaltsempfänger zu überprüfen.

Adressen- und Karteimaterial darf in der Bundesrepublik nicht einmal mehr bei den KP-Leitungen aufbewahrt werden, seit sich Anfang 1953 mehrere Funktionäre der Nationalen Front unter den Schutz der Bundesabwehrgarne stellten. Aus dem Material, das sie mitbrachten, sah man damals schon, daß die Nationale Front im Westen nichts anderes zu tun hat, als Traktätchen und Flugblätter in Empfang zu nehmen.

Trotz ihrer Pleite in Mitteldeutschland wie in der Bundes-

republik werden an der „Nationalen Front“ von Zeit zu Zeit Wiederbelebensversuche unternommen. In der Sowjetzone versucht man, Ortsgruppen aufzuziehen und „Haus- und Hofgemeinschaften“ zu organisieren. Laut Bericht des Nationalrates wurden so über 20 000 Haus- und Hofgemeinschaften gebildet. Was diese bombastische Mitteilung wirklich zu besagen hat, weiß die Bevölkerung der Sowjetzone selbst am besten. Die überall propagierten „Aktionsausschüsse“ gründen sich meist auf die Tätigkeit eines SED-Funktionärs, der ein Schild malt: „Wir grüßen den Nationalen Kongreß! Das Hauskomitee und sein Aktionsauschuß“ und es an die Tür hängt. Dann meldet er dieses Ereignis nach Ostberlin, und später lesen dann die erstaunten Leute von der „Nationalen Front“: „27 657 Aktionsausschüsse zum Nationalen Kongreß gebildet.“

Praktisch hat die Nationale Front nur noch die Aufgabe, westdeutsche Delegationen, die fast ausschließlich aus KP-Mitgliedern bestehen, zu den immer wiederkehrenden Tagungen und Kongressen in der Sowjetzone und Ostberlin einzuladen, um eine gesamtdeutsche Kulisse für die SED aufzubauen. Nun muß sie einen Kongreß veranstalten, um zu demonstrieren, daß sie überhaupt noch am Leben ist.

Der politische Zweck dieses Unterfangens: Die SED möchte das politische Bindeglied schaffen zwischen ihrem vergangenen IV. Parteitag und dem für den Herbst angesetzten Parteitag der KP, auf dem man ein „Rundprogramm zur Wiedervereinigung Deutschlands“ propagieren will, für das die „Nationale Front“ inzwischen Interesse erwecken soll.

J. B. Gradl:

## Die andere Not

Der erste Mai muß im Deutschland von heute erst seinen endgültigen Standort finden. Vor fünfundsiebzig Jahren noch waren äußere Gestaltung, Inhalt und Trägerschaft klar. Die Arbeiterschaft, insbesondere soweit sie sich zum Marxismus bekannte, war der Träger. Ihre Aufmärsche und Kundgebungen waren Demonstrationen eines Standes, der soziale Gleichberechtigung oder sogar soziale Herrschaft forderte. Schon in der Weimarer Republik zwar erhob sich die Frage, ob im Zeitalter der politischen Gleichberechtigung, des garantierten Achtstundentages und der offiziellen Anerkennung der Gewerkschaften der erste Mai als Demonstration des Klassenkampfes nicht schon überholt ist. Aber auch wenn weite Kreise der Arbeiter und ihrer Führerschaft, insbesondere das Lager der christlichen Gewerkschaften, diese Frage bejahten, die kommunistische Konkurrenz und die wirtschaftliche Not ließen solche Überlegungen Theorien bleiben — bis Hitler das Problem auf seine Weise regelte, indem er mit totalitärer Härte aus dem Tag der Arbeiter einen Tag der „Volksgemeinschaft“, einen nationalen Feiertag der Arbeit machte. Nur war es ein Mißbrauch dieses Tages, denn die Veranstalter wollten nichts weiter, als sich selbst durch Riesenversammlungen beweisen, daß sie das Volk in Gehorsam und Gewalt haben.

### Wie im Dritten Reich

Das alles ist vorüber, aber die Frage bleibt bestehen, welchen Sinn der erste Mai künftig haben soll. Sollte er wieder ein Tag des sozialen Kampfes und Gegensatzes werden, oder können wir ihn — diesmal echt — zu einem Tag der sozialen Gemeinschaft machen? Im kommunistischen Bereich Deutschlands ist die Frage von oben her klar beantwortet. Mit denselben Methoden wie im Dritten Reich mißbrauchen die Machthaber diesen Tag, um die Bevölkerung für die politischen Kampfziele des militanten Kommunis-

mus marschieren und demonstrieren zu lassen. Wie aber steht es in Westdeutschland und in Berlin? In Berlin ist dem Tag im Zeichen des offenen politischen Abwehrkampfes gegen die kommunistische Einkreisung seit dem Blockadejahr ein neuer Inhalt zugewachsen. Die Mai-Demonstrationen seit 1948 sind weniger soziale als nationale Kundgebungen gewesen. Kundgebungen aller Schichten, die angesichts der drohenden Gefahr erkannt oder richtiger erfüllt hatten, daß das Leben der Gemeinschaft wichtiger ist als das Interesse einzelner Stände.

### Volle Gleichberechtigung

Im Bundesgebiet wiederum ist der erste Mai gewissermaßen in der Schwebe. So unverständlich ist das nicht. Von dem, was den Klassenkampf einstmals zu dem großen Gesetz der Industriearbeiterschaft machte, ist nichts mehr übrig, vom Dreiklassenwahlrecht, von unbegrenzter Arbeitszeit, von schutzloser Frauen- und Kinderarbeit, von der Hilflosigkeit gegen Alter, Invalidität, Krankheit, Arbeitslosigkeit, von der bourgeois Überheblichkeit des „Herrn-im-Hause“-Standpunktes. Die Arbeiterschaft ist aufgestiegen zur vollen Gleichberechtigung. Aus der bedrückten Klasse ist der vielleicht machtvollste Stand geworden, und Karl Marx würde sehr erstaunt sein, wenn er sehen würde, was aus den Proletariern seiner Zeit geworden ist, die „nichts zu verlieren hatten als ihre Ketten“. Nur über eines würde er noch mehr staunen: wie schwere Ketten nämlich seine kommunistischen Epigonen gerade für diejenigen geschmiedet haben, die „die Welt gewinnen“ sollten.

### Fähigkeit zur Gemeinschaft!

Die Not, die einstmals das Fundament des ersten Mai abgab, die Klassennot und der Klassenkampf, diese Not ist im Westen im großen ganzen gesehen nicht mehr. Die Not, die heute bedrückt, ist eine ganz andere Not, sie hat ganz andere Gründe, und sie trifft mit ihren materiellen Auswirkungen ganz andere Schichten als jene, die vor vielen Jahrzehnten am ersten Mai für ihre zumeist berechtigten Ansprüche demonstrierten. Die Not heute ist pri-

mär eine politische Not, eine nationale Not, die das Ganze trifft. Die Not der Spaltung und Trennung des Landes und Volkes, die Not der kommunistischen Gewalt, die keinen in ihrem Bereich ausläßt, die Not der eigenen Wehrlosigkeit, die uns alle den gefährlichen Spannungen der Welt unserer Tage ausgeliefert läßt.

Materiell betroffen aber sind — wenn man von den besonderen Verhältnissen Berlins mit seiner großen Arbeitslosigkeit absieht — nicht diejenigen, die ihre Hände noch rühren können, die Arbeiter im weitesten Sinne, sondern die breiten Schichten der Vertriebenen, der Flüchtlinge, der Kriegsoffer und der alten Leute. Ihnen ist nicht mit Klassenkampf zu helfen, sondern nur mit dem Gegenteil, mit dem Entstehen der Gemeinschaft für sie. Daß auch wir Deutsche die Fähigkeit zur Gemeinschaft haben, haben wir im Bösen und im Guten genügend bewiesen. Das, was die Welt das deutsche Wunder nennt, ist nicht nur das Ergebnis zähen Fleißes, sondern auch des vernünftigen Zusammenstehens in den Jahren seit 1945, als wir trotz der Not des verlorenen Krieges uns doch vor einem hemmungslosen Interessenkampf zu bewahren wußten.

Dieses Volksvermögen ist wertvoller als alles andere. Deshalb sollen und wollen wir uns Mühe geben, es nicht in der vermeintlichen Geborgenheit und Besserung unserer Tage verlorengehen zu lassen. Das Fundament, auf dem wir stehen, ist zu schmal und zu gefährdet, solange uns Mitteldeutschland fehlt. Hier ist das Ziel, das über allem anderen zu stehen hat, gerade auch in Berlin.

### Wettbewerbe abgelehnt

Berlin (Eigenmeldung). Aus Berichten der Betriebsgewerkschaftsleitungen verschiedener Großbetriebe der Sowjetzone an den FDGB-Zentralvorstand haben die seit dem letzten SED-Parteitag eingeleiteten „Wettbewerbe“ zur Leistungssteigerung und Produktionserhöhung keinen Erfolg gehabt. In verschiedenen Betrieben mußten die Wettbewerbe sogar abgebrochen werden, da sich die Beteiligte gegen derartige Normerhöhungen wandten.

## Heuss soll Bundespräsident bleiben

Bonn (Eigenmeldung). Bundesvorstand und Bundesausschuß der CDU haben beschlossen, Theodor Heuss bei der Neuwahl des Bundespräsidenten wieder zu unterstützen. Die Bundesversammlung soll am 17. Juli in Bonn zusammentreten, um den Bundespräsidenten für die nächsten fünf Jahre zu wählen. Auch die FDP wird Heuss wieder unterstützen. Die SPD hat noch keinen Beschluß gefaßt.

## Westdeutschlands Wohnungsbauziele

Bonn (DPA). Als eine „Magna Charta des Wohnungsbaues“ bezeichnete Bundeswohnungsbauminister Dr. Preusker den Entwurf eines Wohnungsbau- und Familiengesetzes, der vom Kabinett verabschiedet worden ist. Mit diesem Gesetz sollen, wie der Minister sagte, die Bundeszuschüsse zum sozialen Wohnungsbau neu geregelt, der Wohnungsbau in den Stadtkernen gefördert und der Bau von Wohnungen für sozial schwache Bevölkerungsgruppen erleichtert werden.

Im Entwurf ist u. a. vorgesehen, daß auch 1957 noch 500 Mill. DM Haushaltsmittel vom Bund für soziale Baumaßnahmen bereitgestellt werden. Für erststellige Hypothekengelder sollen in weit stärkerem Maße als bisher Bundesbürgschaften zur Verfügung gestellt werden. Außerdem sollen jährlich bis zu 60 Mill. DM Bundesmittel für Wohnungsbauprämien vergeben werden. Wer beim Bausparen 30 Prozent der Baukosten eines Eigenheims aufbringt, soll öffentliche Darlehen mit Vorrang zugeteilt erhalten. Kinderreichen Familien wird beim Erwerb von Eigenheimen und Eigentumswohnungen ein zusätzliches Darlehen von 750 DM für das dritte und jedes kommende Kind gewährt.

Der Entwurf des neuen Gesetzes bestimmt, daß im sozialen Wohnungsbau an die Stelle der bisherigen Richtsatzmieten künftig die Kostenmiete gesetzt wird. Die Darlehen des Bundes und der Länder sollen auf einen bestimmten Höchstbetrag begrenzt werden. Auf diese Weise sollen die Bau-

## Schlag gegen Sowjet-Agentenringe

Aktion in Westdeutschland, Westberlin und Österreich

Bonn (AP). Amerikanische und andere westliche Abwehrstellen haben in den letzten Wochen einen der erfolgreichsten Schläge gegen sowjetische Agentenringe in Westdeutschland, Westberlin und Österreich geführt, teilten alliierte Stellen in Bonn mit. Die Aktion sei begonnen worden, nachdem der geflüchtete MWD-Offizier Koklow wichtige Einzelheiten über die

sowjetische Spionage in Westeuropa mitgeteilt hatte.

Es verlautete, daß Koklow noch bis zum 17. April regelmäßig frisierte Berichte an MWD-Stellen in Österreich geschickt habe. In Baden bei Wien befindet sich eine Funkstation, von der aus wichtige Spionageberichte aus Süd- und Mitteleuropa nach Moskau durchgegeben werden. Es wurde festgestellt, daß sämtliche frisierten Berichte von Koklow nach Moskau gefunkt worden sind.

## SED-Verbot gefordert

Berlin (Eigenmeldung/AP). Die Fraktion der FDP hat im Berliner Senat einen Antrag eingebracht, in dem der Senat ersucht wird, die SED als politische Partei zu verbieten und aufzulösen.

## KP-Versammlungen verboten

Karlsruhe (DPA). In Karlsruhe sind alle Veranstaltungen der KPD bis auf weiteres verboten.

## Wilhelm Gries 60 Jahre

Wilhelm Gries, der Chefredakteur des TAG, ist in dieser Woche 60 Jahre alt geworden. Der große schlanke Mann mit dem vollen, noch immer schwarzen Haar hat seinen Ruf in der Zeitungswelt nicht zuletzt von der ungewöhnlich menschlichen und publizistischen Zuverlässigkeit. Er ist Journalist aus Leidenschaft, aber auch mit tiefer Verantwortung. Sensationöchen und Effekthascherei sind ihm zuwider.

Wenn einst die Geschichte der ersten Nachkriegsjahre Berlins und der Sowjetzone geschrieben wird, dann wird auch Wilhelm Gries ein gutes Kapitel zugeordnet werden müssen. Als er 1946 einmal im Freundeskreis gefragt wurde, warum er denn hierbliebe, hat er, der Mann von Mosel und Rhein (sein Geburtsort ist Koblenz, seine Universitätsstadt Bonn) ganz schlicht gesagt: „Keiner von uns darf schuldig werden, daß dieses Land hier noch mehr verliert

An Ort und Stelle muß es verdrängt werden.“

Die sowjetischen Zensuroffiziere haben ihm in den Jahren 1945 bis 1947, als er Chefredakteur der „Neuen Zeit“ war, das Leben schwer genug gemacht; aber auch er hat ihnen nichts geschenkt. Aus dieser Zeit kennen ihn viele Menschen in der Sowjetzone. Als der große Zusammenstoß Ende 1947 mit den Sowjets kam — die sogenannte Kaiser-Krise —, zog auch Wilhelm Gries die Konsequenzen. Den Kampf für deutsche Einheit und Freiheit aber setzte er an der Spitze der Redaktion des TAG fort. Wilhelm Gries war Kriegsfreiwilliger und Frontoffizier im ersten Weltkrieg. Aber wichtiger noch war ihm der Mut im bürgerlichen Leben. Und diesen Mut, die Zivilcourage, hat er immer wieder bewiesen, als Chefredakteur der „Germania“ bis zum Krach mit Goebbels 1933, als Chefredakteur der „Saarbrücker Landeszeitung“ im Abstimmungskampf und gegenüber den Sowjets.

# Bekanntnis zu Europa

## Die Außenpolitik der Bundesregierung — Ernste Mahnung

Bonn (Eigenbericht). In einer mehr als elfstündigen Debatte hat der Bundestag zu den Fragen der deutschen Außenpolitik Stellung genommen. Bundeskanzler Adenauer bekräftigte erneut in einer Regierungserklärung den Willen der Bundesrepublik, zur Erhaltung des Friedens in der Welt beizutragen. Als die zentrale Aufgabe jeder deutschen Politik bezeichnete der Kanzler die Wiedervereinigung.

Er richtete eine Mahnung an Europa, den Zusammenschluß nicht mehr zu verzögern. „Scheitert die europäische Einigung, so gerät die Existenz dieses Kontinents ins Wanken.“ Aus diesem Grunde habe die Bundesregierung den festen Willen, an der Verwirklichung der EVG und der europäischen politischen Gemeinschaft weiterzuarbeiten.

Mit Nachdruck wies Dr. Adenauer auf die wiedergewonnene starke Stellung Deutschlands in der Welt hin. Das große Positivum der deutschen Außenpolitik sei die gemeinsame Grundhaltung von Regierung und Opposition mit dem Ziel, Deutschland zum festen Bestandteil der freien Welt zu machen. Meinungsverschiedenheiten beständen lediglich über die Methoden.

Dr. Adenauer nannte fünf Punkte, die gegenwärtig die deutsche Außenpolitik bestimmen:

1. Die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit bleibt das zentrale Problem der deutschen Außenpolitik. Die Bundesregierung wird sich immer wieder aktiv für die Erfüllung dieses Verlangens einsetzen.

2. Die Politik der europäischen Integration muß fortgesetzt werden, um einen Schutzwall gegen die Gefahr aus dem Osten zu errichten. Ein Mittel dazu ist die EVG, deren Ratifizierung in der Bundesrepublik abgeschlossen ist.

3. Das Saarproblem muß europäisch gelöst werden. Die Bundesregierung ist zu weiteren Verhandlungen bereit, wobei der provisorische Charakter bis zu einer friedensvertraglichen Regelung gewahrt bleibt.

4. Die Montanunion findet die Unterstützung der Bundesregierung, da die Integration auf den Sektoren von Kohle und Stahl die Grundlage für die weitere Ausdehnung der Vereinigungspläne bildet.

5. Die Garantieerklärungen der britischen und der amerikanischen Regierung für die EVG finden die volle Unterstützung der Bundesregierung. Sie bilden einen wichtigen Bestandteil der europäischen Verteidigungspläne.

Die Sowjetunion wolle den deutschen Beitritt zur westlichen Welt verhindern, erklärte Dr. Adenauer weiter. Der sowjetische Vorschlag eines „Sicherheitspaktes“ für Europa enthalte dies in aller Deutlichkeit, ebenso wie die Forderung Moskaus, die Sowjetunion in die NATO aufzunehmen. Auf der Berliner Viererkonferenz sei das sowjetische Bestreben, die Machtposition der UdSSR in Europa ohne jede Rücksicht auf das Recht zu verbreitern, vor aller Welt demonstriert worden. Im Augenblick gebe es keine Anzeichen dafür, daß der sowjetische Druck nachlasse. Dies

gelte auch für die jetzt in Genf begonnene Asienkonferenz.

Im Namen der Opposition erklärte Erich Ollenhauer, daß sich auch die SPD fest mit dem Westen verbunden fühle und bereit sei, an der Verteidigung der freien Welt mitzuwirken. Allerdings halte die Sozialdemokratie an ihrer Ansicht fest, daß ein umfassendes Sicherheitssystem innerhalb der UN besser sei als die EVG.

In einer mit 275 gegen 135 Stimmen bei einer Enthaltung angenommenen Entschlieung drückte der Bundestag die Erwartung aus, daß die Regierung ihre Politik zur Einigung Europas fortsetzen werde. Er bekräftigte dabei die Bestimmung des Grundgesetzes, daß der Bund Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen und sich zur Wahrung des Friedens einem System kollektiver Sicherheit einordnen kann.

In seiner Entschlieung bekannte sich das Parlament ferner zu den vom ersten Bundestag am 2. Juli 1953 aufgestellten Grundsätzen über das Verhältnis Deutschlands zur Saar. Der erste Bundestag hatte seinerzeit festgestellt, daß das Saargebiet nach deutschem und internationalem Recht nach wie vor ein Teil Deutschlands sei.

## KP verlor 20 Prozent

Paris (DPA). Ein Rückgang der kommunistischen Wählerstimmen um rund 20 Prozent kennzeichnete den ersten Wahlgang der Nachwahlen in dem nordfranzösischen Departement Pas de Calais.

## Europäische Frauenunion

Basel (DPA). Führende christliche Politikerinnen aus elf europäischen Ländern beschloßen auf einer Tagung in Basel die Gründung einer europäischen Frauenunion.

## Ohne Ergebnis

Frankfurt/Main (DPA/AP). Die Verhandlungen zwischen Vertretern der Bundesbahn, der Sowjetzonenbahn und der schwedischen Staatsbahn über einen verbesserten Interzonenverkehr sind ohne Ergebnis geblieben. Wie die Bundesbahn mitteilte, war bei den Besprechungen in Aßmannshausen

angestrebt worden, in die Interzonenzüge Schlaf- und Speisewagen einzustellen. Ferner sollte im Mai je eine neue Schnelltriebwagen-Verbindung von Stockholm über Saßnitz und Gutenfürst-Hof nach München und von Bonn nach Berlin über Oebisfelde eingerichtet werden.

Die Sowjetzonenvertreter hätten sich lediglich bereit erklärt, den Übergang Gutenfürst-Hof ausschließlich für den internationalen Reiseverkehr freizugeben.

## FDJ hoch zu Roß

Berlin (Eigenmeldung). Die Bildung von Reitereinheiten für die FDJ wurde vom Zentralsekretariat genehmigt. In den ländlichen Bezirken sollen Reitergruppen mit dem vorhandenen Pferdmaterial eine Ausbildung erhalten, die von der Volkspolizei geleitet wird.

## Verkehrsdilemma in Zahlen

Wiederaufbau dauert Jahre - Alles fehlt

Berlin (Eigenbericht). Zwischen dem, was in den SED-Zeitungen steht und dem, was man auf sowjetzonalen Bahnhöfen und Straßen erlebt, klappt ein himmelweiter Unterschied. Die Bevölkerung liest von Pünktlichkeitswettbewerben und Aktivistenleistungen, und sie erlebt täglich einen Eisenbahnbetrieb, der an Anno dazumal erinnert. Geschrieben wird von den großartigen neuen Autos, die die volkseigene Industrie liefert - aber alles, was man auf den Straßen sieht, sind ein paar Funktionär-BMWs zwischen vielen Vorkriegsmodellen.

Mitunter hört man allenfalls vorsichtige Bemerkungen von SED-Führern, die „Lage im Verkehr“ sei „noch unbefriedigend“. Was tatsächlich los ist, wagen sie nicht zu sagen. Die nüchternen Zahlen, die jetzt das „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung“ in Westberlin ermittelte, entfüllen das ganze Dilemma des Verkehrs in der Sowjetzone, das der einzelne Bewohner immer nur am kleinsten Beispiel erlebt.

Es gibt kaum einen Straßenfernverkehr, der Behälterverkehr ist fast unbekannt, die Motorisierung der Binnenschifffahrt hat keine Fortschritte gemacht, eine eigene Handelsflotte ist nicht wiedererstand und einen Luftverkehr für private Zwecke gibt es praktisch nicht.

### Demontage, Demontage . . .

Das sowjetzonale Eisenbahnnetz erstreckte sich vor dem Krieg über rund 18 500 km, darunter 4500 km Privat- und Kleinbahnstrecken. Durch Demontagen schrumpfte die Ausdehnung auf 15 000 km zusammen, der Anteile der mehrgleisigen Strecken auf 500 bis 600 km, rund ein Zehntel des ursprünglichen Umfangs.

Dem steht nur ein sehr geringer Wiederaufbau gegenüber. Dabei handelt es sich zum großen Teil um Streckenverlegungen. Ein Wiederaufbau von etwa 10 000 km Gleisen in der Sowjetzone würde mehrere Jahre beanspruchen und einen Stahlbedarf von etwa 1 Mill. t bedeuten. Die Schienenerzeugung der Zone beträgt aber nur einige 10 000 t im Jahr.

Auch das rollende Material weist große Einbußen auf. Kamen 1938 auf je 100 km Netzlänge 38 Lokomotiven, so sind es heute nur noch 20. Früher 108 Reisezugwagen stehen heute nur 50 gegenüber. Bei Güterwagen ist das Verhältnis 865 zu

666. Betrug der Anteil der jetzigen Zone am früheren Gesamtfahrzeugpark von Zone und Bundesrepublik etwa ein Drittel, so ist er zur Zeit auf ein Fünftel bis ein Viertel zurückgegangen.

### Alte Lokomotiven

Wenn sich auch der Betriebszustand der vorwiegend alten Lokomotiven in letzter Zeit gebessert hat, zählt er dennoch zu den schwächsten Stellen des sowjetzonalen Eisenbahnwesens. Der Bestand an betriebsfähigen Lokomotiven insgesamt wird auf 3000, der der Reisezugwagen auf 7000 bis 8000 und der der Güterwagen auf 100 000 Einheiten geschätzt. Unter allmählicher Auszehrung des Apparates haben die Verkehrsleistungen im Personenverkehr etwas den Vorkriegsstand überschritten, im Güterverkehr ungefähr den Stand von 1938 erreicht.

Das Wasserstraßensystem der Zone ist ein Torso, da es

keinerlei Zugang mehr zum Meer auf zonalem Gebiet hat. Der wichtigste Hafen ist - früher Berlin - jetzt Magdeburg. Die Unterhaltung der Wasserstraßen ist unzureichend, der Schiffsbestand stark geschrumpft. An Selbstfahrern und Kähnen ist noch etwa je die Hälfte der früheren Tonnage vorhanden. Der Schlepperbestand ist etwas größer. Über die Hälfte der Schiffe befindet sich noch in Privatbesitz, ihr Einsatz wird jedoch durch die „Deutsche Schifffahrts- und Umschlagbetriebszentrale (DSU)“ gelenkt. Der Hauptmangel der Flotte liegt in der geringen Zahl der Motorschiffe (40 000 t Tragfähigkeit), deren Anteil an der Gesamttonnage nur 7 v. H. beträgt gegenüber 27 v. H. in Westdeutschland. Leistungsfähigkeit und Materialversorgung der für die Binnenflotte zur Verfügung stehenden Werften beschränken die Neubaumöglichkeiten stark. Die gegenwärtige Verkehrsleistung der zonalen Binnenschifffahrt - 1953 annähernd 2 Mrd. t/km - beläuft sich auf etwa zwei Fünftel des Vorkriegsstandes.

Das Straßennetz von knapp 50 000 km ist sehr vernachlässigt. Der überalterte Personenkraftwagenbestand ist gering. Während sich der Lastkraftwagenpark in der Bundesrepublik nach dem Krieg verdreifachte, stagnierte er in der Zone auf dem Vorkriegsniveau.

## Zwei-Millionen-Heer der Agenten

Nach einer kürzlich von Radio Freies Europa zusammengestellten Übersicht beträgt die Zahl der von den Sicherheits- und Überwachungsorganen in den osteuropäischen Satellitenstaaten beschäftigten Personen (Polizei, Angestellte, Agenten, Mitarbeiter) rund zwei Millionen.

Es gibt weiter 989 Gefängnisse, Konzentrations- und Arbeitszwangslager, deren Namen und Lage bekannt sind. In den Gefängnissen werden 900 000 Männer, Frauen und Kinder als politische Häftlinge festgehalten.

Der Personalbestand der Sicherheits- und Überwachungsorgane in den Satellitenstaaten umfaßt uniformierte Miliz, Geheimpolizei, Grenzpolizei, Bahnpolizei, Sonderpolizei, Hilfspoli-

zei, Gewährsleute, Agenten und Spione, die das gesamte öffentliche und private Leben der Bevölkerung überwachen. Die Geheimpolizei bedient sich außerdem der Hausmeister, Kellner, des Hotelpersonals, der Prostituierten für ihre überwachende Tätigkeit.

Ein ehemaliger Agent berichtet, daß das Sicherheitssystem in Polen allein 617 000 Angestellte beschäftigt und somit stärker ist als das stehende Heer. Das Sicherheitsministerium in Warschau umfaßt 17 000 Personen. Wie in allen Satellitenstaaten, sind auch in Polen die leitenden Stellen des Sicherheitsministeriums mit sowjetischen Beamten besetzt, die alle wichtigen Entscheidungen treffen.

# Seltsame Geschäftsmethoden der FDJ

## Große Pläne zum Pfingsttreffen — aber kein Geld

Einen seltsamen Scherz hat sich der FDJ-Zentralrat zur Finanzierung seines Pfingsttreffens ausgedacht: Konsum und HO-Filialen erhalten durch die dortigen FDJ-Betriebs-Gruppen seit einigen Tagen „Spendenmarken“ im Werte von zehn Pfennig, die nach Möglichkeit als Wechselgeld (!) herausgegeben werden sollen.

Auf der Rückseite dieser mit einem Propagandabild geschmückten Marke steht, daß man mit ihr „vier Kilometer zum Deutschlandtreffen nach Berlin“ fahren kann. In den Konsum- und HO-Läden sollen die jugendlichen Verkäufer versuchen, den Kunden einzureden, sie hätten kein Wechselgeld und ihnen dann die wertlosen FDJ-Marken anzudrehen. Als ob sich eine zu überpreisen in der HO einkaufende Hausfrau dafür interessiert, Pfingsten im Viehwagen zum Fahrpreis von einer D-Mark pro 40 Kilometer zwischen jungen Pionieren nach Ostberlin fahren zu dürfen. Die mit den Neppmarken handelnden FDJ-Gruppen dürfen zehn Prozent des Verkaufserlöses für ihr eigenes Reisegeld behalten.

Eine andere Art des Nepps sind die gegenwärtig beliebten Schulsammlungen. FDJ-Lehrer und Pionierleiter verpflichten

die Jugendlichen, zum Unterricht einen Beitrag ihrer Eltern für die Unterstützung des Pfingsttreffens mitzubringen. Um keine Schwierigkeiten zu haben, geben die meisten Eltern — wenn auch ungern — dieses Geld.

Zu Eltern, die nichts geben, kommen Pionierleiter oder sogar der Lehrer ins Haus, um über die „Notwendigkeit des Deutschlandtreffens“ zu „diskutieren“.

In diesem Zusammenhang ist von Interesse, daß die vor zwei Monaten begonnene Untersuchung gegen verschiedene Zentralratssekretäre und Abteilungsleiter jetzt endgültig von der damit beauftragten zentra-

len Parteikontrollkommission niedergeschlagen worden ist. In dieser Untersuchung ging es um die beim Ausschluß eines Zentralratsmitgliedes zutage getretenen Unterschlagungen und Verschleuderung von Verbandsgeldern.

Dabei stellte sich heraus, daß sämtliche Sekretäre und Abteilungsleiter sich seit Jahren vollständig möblierte Wohnungen einrichten ließen, die sie in Monatsraten von 30 bis 59 Ostmark abzahlen durften. Diese „Abzahlungen“ wurden dann noch in Form von Prämien stillschweigend abgeschlossen. Hauptverantwortlich für diese Aktionen waren neben dem FDJ-Vorsitzenden der Honegger die Pionierführerin Margot Feist und der Sekretär Turba, der sich eine Wohnung nach eigenen Plänen ausbauen ließ.

## Vorbereitung für Leipzig

### 10 000 Gäste kommen aus Westdeutschland

Leipzig (Eigenmeldung). Mit einer Konferenz im Leipziger Hotel „International“, zu der der vorbereitende Ausschuß des Kirchentages eingeladen hatte, wurden die vorbereitenden Arbeiten für den Deutschen Evangelischen Kirchentag, der vom 7. bis 11. Juli in Leipzig stattfindet, begonnen. Präsident des Kirchentages, Dr. von Thadden-Trieglaff, der Vorsitzende des

vorbereitenden Ausschusses, Präses Mager (Dresden), und der Generalsekretär des Kirchentages, Pfarrer Giesen, sprachen über die Entwicklung, den Aufbau und die Ziele des Evangelischen Kirchentages.

Wie bekannt wird, soll die Schlußkundgebung auf der sogenannten Rosenthal-Wiese abgehalten werden, wo Raum für 200 000 Menschen geschaffen werden soll. Wie verlautet, sollen 13 Sonderzüge mit annähernd 10 000 Gästen aus Westdeutschland nach Leipzig fahren. In der Sowjetzone sollen 32 Sonderzüge eingesetzt werden. Die Mitteilungen sind jedoch noch nicht amtlich bestätigt.

## Das Ostbüro der CDU teilt mit:

Wir empfehlen, gegenüber nachstehend genannten Personen insbesondere in Gesprächen Vorsicht walten zu lassen, da die Genannten verdächtig erscheinen, mittelbar oder unmittelbar Kontakt mit den sogenannten staatlichen Sicherheitsorganen zu haben, für diese Zuträgerdienste zu leisten oder für diese zu arbeiten:

1. Zimmermann, Anneli, etwa 35 Jahre alt, früher wohnhaft gewesen in Dahlwitz-Hoppegarten Kr. Niederbarnim, zuletzt wohnhaft in Potsdam, Mitglied der SED, von Beruf Lehrerin.

2. Baake, Max, etwa 52 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Groschewitz Kr. Zerbst, Mitglied der SED, 1. Vorsitzender der SED und Bürgermeister in Groschewitz und Bürgermeister in Rodleben gewesen, zuletzt tätig gewesen als Erfassungskontrollleur.

3. Bathke, etwa 45 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Seebad

Ahlbeck Kr. Usedom, Ritterstr., Mitglied der KPD/SED, SED-Funktionär, zuletzt Bürgermeister gewesen.

4. Beck, Gerhard, etwa 32 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Bitterfeld, Karl-Marx-Str., Mitglied der SED, zuletzt tätig gewesen in der Kreisverwaltung.

2. Vorsitzender der SED-Betriebs-Gruppe gewesen.

5. Beuster, Richard, etwa 35 Jahre alt, früher wohnhaft gewesen in Waschleite Kr. Aue/Sa., zuletzt wohnhaft in Wagun Kr. Malchin, Mitglied der SED und SED-Funktionär gewesen.

## „Souverän“

Berlin (Eigenmeldung). Im Rahmen der Übergabe der angeblichen Souveränität an die Organe der Zone wurde die Postzensur neu organisiert. Sie untersteht jetzt offiziell Beauftragten des SED. Die bisherigen sowjetischen Postzensurstellen wurden bis auf wenige Beobachtungs-Beauftragte zurückgezogen. Nach wie vor ist es jedoch der zuständigen sowjetischen Kommandantur freigestellt, Stichproben bei der Briefpost vorzunehmen oder die Postsendungen bestimmter Personengruppen zu überwachen.

## Man soll sich nicht wundern . . .

Otto Nuschke ist eine seiner Würde entsprechende große Ehre widerfahren: Das erste Dorfwarenhaus im Bezirk Potsdam ist mit seinem Namen bedehrt worden. Im Namen Otto Nuschkes will man in der Gemeinde Grünefeld, Krs. Nauen, künftig also Unterhosen, Käse, Töpfe ohne Deckel, schlecht geleiimte Stühle und Uhren mit stark begrenzter Lebensdauer verkaufen — wenn sie zufällig gerade am Lager sind. Denn mit der Warenbelieferung ist das so eine Sache auf dem Lande. Ulbricht selbst gab kürzlich zu, er kenne ein Dorf, in dem seit einem halben Jahr nichts anderes angeboten wird als eine einzige Unterhose — und die steht als Kostbarkeit unter einer Glasglocke. Wenn so was nun in Otto Nuschkes Kramladen passierte! Aber mit dem Warenhaus „Otto Nuschke“ in Grünefeld soll ja, wie es in der „Neuen Zeit“ heißt, „das Bündnis zwischen Stadt und Land, zwischen Industriearbeitern und Bauern gestärkt werden“. Man darf also annehmen,

daß es dort vielleicht zwei Unterhosen geben wird.

Hat sich der — immerhin — stellvertretende Ministerpräsident der „DDR“ diesen Humbug mit seinem Namen verbeten und der Bürgermeisterin Moritz von Grünefeld klargemacht, daß sie ihm da einen Max-und-Moritz-Streich geliefert hat? Er hat nicht. Er fuhr sogar nach Grünefeld zur Einweihung und hielt auch noch eine Rede. Man muß sich wundern. Aber man soll es nicht tun — es lohnt nicht.

Denn dann müßte man über den sowjetzonalen Minister für Lebensmittelindustrie, Kurt Westphal, geradezu platzen, der es fertigbekam, unter der Überschrift „Wo für den Krieg produziert wird, verelenden die Massen“ im „Neuen Deutschland“ einen Artikel anzubieten und dort zu behaupten, im Westen bekämen die Leute wegen der „Rüstung“ bald nichts mehr zu essen. Das sagt ein Minister, der sich auf dem SED-Parteitag gerade anhören mußte, daß Pankow auf die Lebensmittelkarten nicht verzichten

kann, weil nicht genügend Waren da sind. Das sagt einer, der letzten Endes mit dafür verantwortlich ist, daß in der Sowjetzone zwar Stahlwerke gebaut werden, aber nicht einmal die Kartoffeln für die Frühjahrsaussaat vorhanden sind!

Aber nein, es gibt natürlich auch Fortschritte im Lebensstandard. Im Ostsektor Berlins z. B. haben sechs Kinos ihre Ausgestaltung verbessert! Das ist überraschend, das ist erstaunlich und enorm. Denn wenn es das nicht wäre, wenn man es für selbstverständlich hielte, daß Kinos sich um ordentliche Ausgestaltung bemühen, hätte man diesen sechs ja wohl keine Prämien gegeben. So gesehen ist es natürlich auch besonders interessant, daß acht „Kollegen des technischen Personals verschiedener Kinos“ Geldprämien bekamen — für gutes Verhalten gegenüber den Theaterbesuchern.

Aber wie gesagt, man soll sich über nichts mehr wundern, was man so an Rückschritten und Fortschritten aus der sowjetzonalen Presse erfährt . . .

## 20 000 Kalmücken in Königsberg

Nur spärlich sind die Nachrichten, die aus Königsberg durchsickern, denn Nordostpreußen gehört zu den am schärfsten isolierten Gebieten Europas. Kriegsgefangene und Flüchtlinge schilderten jetzt, wie es in der ostpreussischen Hauptstadt aussieht. Sie macht diesem Bericht nach heute den Eindruck einer typischen russischen Stadt, wie Kursk oder Wjasma, wie Witebsk oder Orel.

Man kann es sich kaum vorstellen, daß die einst belebteste Straße, der Steindamm, von fliegenden russischen Händlern in hohen Pelzmützen und abgetragenen Mänteln bevölkert wird. Ein Bild von fast orientalischer Buntheit bietet der sogenannte „Basar“, der Markt an der Waldburg-Ecke, am Rande des ehemaligen Messeländes. Pferdefleisch, Gemüse, das zu jedem russischen Markt gehörende Sonnenblumenöl, Teller und Löffel aus Blech sowie eigenartige Töpfe und Schüsseln

werden feilgeboten. In der Prinzenstraße wurden einige Staatsläden eingerichtet, die nur von Rotarmisten aufgesucht werden dürfen.

Königsberg ist seit 1951 Schwerpunkt des Aufbaues im sowjetisch besetzten Ostpreußen. Die Bevölkerungszahl verdoppelte sich seitdem und weist heute 164 000 Russen auf. Aus der Kalmückensteppe um Elista wurden etwa 20 000 Menschen nach Königsberg gebracht.

Bis auf wenige Ausnahmen sind die Trümmerviertel verschwunden. Der Wiederaufbau konzentriert sich auf den Hafen, die Kasernen, Behördenbauten und Industriebetriebe. Im nächsten Jahre soll der Wohnungsbau vorangetrieben werden. Bis dahin bringt man die Neusiedler in Baracken unter.

In der ganzen Stadt gibt es nur ein einziges Krankenhaus. Die russischen Ärzte klagen über Mangel an Medikamenten. Selbst die für Operationen un-

erlässlichen Betäubungspräparate sind knapp.

Die öffentlichen Einrichtungen der Stadt und ihrer Verwaltung sind für europäische Begriffe recht seltsam. Bei Regenfällen stehen weite Straßenteile unter Wasser, da die Abflüsse auch heute noch nicht funktionieren. Granattrichter unterbrechen die Straßen und werden von russischen Kraftfahrern geduldig umfahren. Eine der Pregelbrücken war lange Zeit ohne Geländer, und Betrunkene fielen dort leicht ins Wasser. Erst als ein ganzes Lastauto in den Fluten versank, entschloß man sich, die Brücke instand zu setzen. Zum Bild der Stadt gehört bereits der Panjewagen, an den Markttagen ist er sogar das dominierende Beförderungsmittel. Der Eisenbahnverkehr, der 1946 unter den primitivsten Bedingungen teilweise wieder aufgenommen wurde, hat sich kaum verbessert: Eine Fahrt von Königsberg über Insterburg nach Gumbinnen dauert mindestens einen Tag.

# Neuer Sturm auf das Dach der Welt

## Deutsch-österreichische Himalaja-Expedition

Wieder hat das „Dach der Welt“ ein Alpinisten-Team angelockt: die deutsch-österreichische Himalaja-Karakorum-Expedition unter Mathias Rebitsch. Nach ihrem Abschied auf dem Münchener Hauptbahnhof führen die Bergsteiger mit dem Zug bis Genau. Auf einem Schiff verließen sie dort den europäischen Kontinent. Nächste Reiseetappe ist Karatschi, die Hauptstadt Pakistans.

Das bergsteigerische Ziel der Gruppe ist in erster Linie der 7790 Meter hohe Rakaposhi im Karakorum-Gebirge. Dieser „König der Hunzaberger“ liegt 100 Kilometer nördlich des Nanga Parbat und wurde noch nicht erstiegen. Daneben sollen noch einige weitere Hochgipfel angegangen werden. Rebitsch spricht von „a stuckera (ungefähr) dreizehn Siebentauser“, die in diesem Gebiet noch von bergsteigerischem Interesse seien.

Vom vorjährigen Nanga-Parbat-Unternehmen unterscheidet sich die Expedition Rebitsch grundsätzlich. Während nämlich das Hauptziel Dr. Herrligkoffers die Bezwingung des „deutschen Schicksalsberges“ war, soll diesmal das Schwerkraft auf die wissenschaftliche Forschung gelegt werden. Die rein sportliche „Gipfelstürmerei“ spielt dabei

eine untergeordnete Rolle. Das geht auch schon aus der Tatsache hervor, daß fünf der zwölf Expeditionsmitglieder Wissenschaftler sind.

Das Forscherteam leitet der Kartograph und Gletscherexperte

Dr. Wolfgang Pillewizer (München).

Als hauptsächliche wissenschaftliche Aufgaben bezeichnet er eine genaue Kartenaufnahme vom Karakorum-Gebiet einschließlich des noch fast unerforschten Hunza-Tales sowie eingehende gletscherkundliche Studien. Dabei sollen Gletscher untersucht werden, die gegenwärtig im Vorrücken begriffen sind — eine Möglichkeit, die sonst nirgends auf der Welt besteht, zumal überall ein Rückgang der Gletscher zu bemerken ist.

# Strom aus Sonnenlicht

## Ein alter Traum der Menschheit erfüllt?

Einer der größten Wunschräume der Menschen des technischen Zeitalters scheint vor der Verwirklichung zu stehen: die direkte Umwandlung der fast grenzenlos großen Strahlungsenergie der Sonne in elektrischen Strom. Den Laboratorien der Bell Telephone Gesellschaft in Murray Hill bei New York ist es gelungen, eine derartige Sonnenbatterie mit guter Wirksamkeit zu konstruieren.

Die Batterie ist ein ziemlich einfacher aussehender Apparat aus Silikonstreifen, einem Material, das aus jedem üblichen Sand in großer Menge zu gewinnen ist. Die Wissenschaftler der Gesellschaft teilten mit, daß sie einen Wirkungsgrad von 6 Prozent bei der Umwandlung von Sonnenlicht in Strom erreicht haben. Bisher haben andere fotoelektrische Zellen niemals einen höheren Wirkungsgrad als 1 Prozent erreicht. Da die Sonne täglich 1 000 000 000 000 000 — Kilowattstunden auf die Erde herunterstrahlt, ist dies mehr als sämtliche Energiereserven in Kohle, Erdöl, Naturgas und Uran.

# Schuß aus dem Weltall

Der führende amerikanische Meteorforscher Professor Nininger stellte auf dem Mond einen von einem Meteor gebohrten kilometerlangen Tunnel fest. Es ist zwar nicht der längste der Welt, wohl aber der Tunnel mit der kürzesten Entstehungszeit. Er wurde in Bruchteilen von Sekunden geschlagen, und zwar durch einen Riesene meteor.

Es war eine Art Streifschuß. Fast hätte das massive Welt raumgeschloß aus Eisen, Nickel oder ähnlichem Material die Mondoberfläche in einer Riesenfurche nur oberflächlich geritzt, als es mit 50 Kilometer in der

Sekunde heransauerte. Aber in der Flugbahn erhob sich ein Kraterwall zwischen zwei Mondkratern. Für den gewaltigen Block war es ein leichtes, die lockeren Schuttmassen des Kraterwalls zu durchbohren. Seine Weltraumkälte verwandelte sich dabei durch die Reibung in glühende Hitze.

Ebenso heiß wurden die Wandungen des Durchschusses, und zwar so schnell, daß der vom Meteoriten geschlagene Tunnel keine Zeit hatte, in sich zusammenzufallen. Das Mondgestein war blitzschnell zu einer glasartigen Masse zusammengesmolzen.

# Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt. Täglich ab 13 Uhr in ständ-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

## SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 92 02 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.